

Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2020

Billerbeck, im Dezember 2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, liebe Gäste

Zunächst möchte ich unserer Kämmerin Frau Lammers und ihrem Team den Dank der FPD aussprechen, dass sie auch in diesem Jahr den Etatentwurf, der einen ganzen DIN A 4 Ordner füllt, für uns zusammengefasst und verständlich gemacht hat. Und dieser Entwurf endet erfreulicher Weise nicht nur mit einer schwarzen Null sondern sogar mit einem Überschuss.

In den zurück liegenden Jahren hat es m.W. nur einen Haushaltsentwurf gegeben, der schon in der Planung mit ein sattes Plus auswies. Das wünschen wir uns auch für die kommenden Jahre. Den Gewerbesteuerzahlern gilt dafür unser besonderer Dank. Sie haben dazu beigetragen, dass Billerbeck auch im kommenden Jahr die Mittel für zukunftssträchtige Investitionen zur Verfügung hat.

Und noch ein Lob ist dem Rathaus auszusprechen. Endlich haben sich die Bürgermeister einiger Kommunen zusammengeschlossen, um gegenüber dem Kreis Coesfeld eine gemeinsame im Detail begründete Stellungnahme abgegeben, verbunden mit der Forderung die Kreisumlage erheblich zu senken. Es kann doch nicht sein, dass der Kreis Jahr für Jahr eine Unterdeckung seines Haushalts plant und am Jahresende ein dickes Plus erwirtschaftet und diese Gelder in seine Rücklagen fließen lässt. Er bereichert sich somit mit diesen Überschüssen durch die Erhebung einer überzogenen Kreisumlage bei seinen Kommunen.

In Zeiten steigender Steuereinnahmen sind Rat und Verwaltung in besonderem Maße verpflichtet, für die Generationengerechtigkeit der Haushalte zu sorgen. Das heißt, der Schuldenabbau muss weiter vorangetrieben werden. Das wird durch diesen Etatentwurf im Ergebnis erreicht, wenn man die Investitionskredite abzieht, deren Tilgung das Land NRW übernommen hat. Danach sind die Schulden von 2009 mit rd. 6,5 Millionen Euro bis dato auf 2,8 Millionen Euro gesunken. Aber auch für die Zukunft gilt, teure Altdarlehn sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt abzulösen.

Eigentlich könnte ich an dieser Stelle mit der Stellungnahme zu diesem Etatentwurf enden, wären da nicht noch einige wesentliche Punkte, die nach Meinung der FDP, wie schon in der Vergangenheit mehrfach angesprochen, fehlen. Der Etat enthält keine Ansätze für

- ein Stadtentwicklungskonzept

- für ein Raumbedarfskonzept für unsere Schulen
- die Planung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses.

Dazu im Folgenden mehr:

Die Bürgermeisterin verweigert sich standhaft - warum auch immer -, diese Maßnahmen mit einzuplanen und in Angriff zu nehmen.

Zum Stadtentwicklungskonzept:

Es reicht nicht aus, im Rahmen des barrierefreien Umbaus der Innenstadt, die Straßen und Wege mit Investitionen in Millionenhöhe zu vergolden. Das bringt keinen einzigen Besucher mehr in die Innenstadt. Es fehlt an einem Konzept, die Innenstadt zu beleben. Die Leerstände beweisen es. Aktuell schließt wieder ein alt eingesessenes Geschäft zum Jahresende seine Pforten. Es ist bereits 5 nach 12. Wenn nicht bald etwas geschieht, wird sich die Abwärtsspirale immer schneller weiter nach unten entwickeln und ist nicht mehr unumkehrbar. Sie begann, als die Stadt es zuließ, die großen Diskonter an der Peripherie der Innenstadt anzusiedeln. Daher ist es aus der Sicht der FDP geboten, alsbald Flächen für die Entwicklung des Einzelhandels im Innenstadtbereich auszuweisen. Das zieht Bewerber an und damit einher wird auch der Einzelhandel für die Lange Straße wieder interessanter.

Und dann ist da noch die Sache mit den Arkaden. Die FDP und viele Bürger der Stadt sind bekanntlich der Meinung, dass die Arkaden an der Westseite der Lange Straße ein Alleinstellungsmerkmal für die Fußgängerzone sind. Sie nicht weiterzuführen wo das möglich ist bzw. den Rückbau zuzulassen ist aus unserer Sicht unverzeihlich.

Die FDP hat dazu eine Bürgeranregung in den Rat eingebracht, den Lückenschluss noch fehlender Arkaden bei geplanten Neubauten an der Westseite durchzusetzen und für die Erhaltung der vorhandenen Arkaden zu sorgen.

Immer wieder versucht die Bürgermeisterin und nun auch die CDU das sich für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes geeignete Gelände an der Ludgeri-Grundschule einer anderen Verwendung zuzuführen. Zuerst vor einigen Jahren als das Gelände für den Bau von Sozialwohnungen vorgeschlagen wurde und jetzt aktuell wieder als Standort für einen Kindergarten. Aus der Sicht der FDP ist dies die einzige noch verbliebene Fläche im Innenstadtbereich, die nach Aufgabe des Grundschulstandortes an dieser Stelle für die Ansiedlung eines großflächigen Verbrauchermarktes geeignet ist. Die Fläche hat zudem noch den Vorteil vom Hagen her erschlossen werden zu können und damit keinen zusätzlichen Auto- und Zulieferverkehr in die Innenstadt bringt.

Dies und weitere Argumente, deren Erwähnung hier den Rahmen sprengen würden, veranlassen die FDP, dass die Erstellung eines in die Zukunft gerichteten Stadtentwicklungskonzeptes dringend notwendig ist. Wir wollen Rathaus und

Rat auch in fünf, zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren noch daran erinnern können, in welche Richtung sich die Innenstadt und das gesamte Stadtgebiet entwickeln kann und soll.

Zum Raumbedarfskonzept für unsere Schulen:

Die FDP fordert für **alle** in Billerbeck tätigen Schulformen ein Raumbedarfskonzept zu erstellen. Es soll sicherstellen, dass die den Schulen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten den veränderten pädagogischen Konzepten angepasst werden. Dabei müssen auch die seit 2004 ständig sinkenden Schülerzahlen in die Analyse mit einbezogen werden. Bekanntlich sind die in Billerbeck beschulten Kinder von 2004 mit 1363 auf aktuell 691 Schüler zurückgegangen. Die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sind an allen vier Schulstandorten gleich geblieben. Das Konzept ist auch wichtig, um dem Bedarf entsprechende künftige Investitionen nachhaltig abzusichern. Zwei Schulstandorte liegen im unmittelbaren Einzugsbereich der Innenstadt und wären daher generell auch für eine andere innerstädtische Entwicklung verwendbar. Das ist ein weiterer Grund um dieses Konzept zu fordern.

Planung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses:

Das Rathaus hat einen mehr als 700.000 € teuren Aufzug erhalten und ist nach Meinung der Bürgermeisterin dadurch barrierefrei zu erreichen.

Diese Ansicht teilt die FDP bei weitem nicht. Bewegungseingeschränkte Menschen mit straßengeeigneten Rollstühlen und Eltern mit Kinderwagen z. B. erreichen zwar über den

Aufzug einzelne Etagen des Rathauses, jedoch sind die Etagenflure so eng, dass sie nur mit viel Geschick auch in einzelne Büros einfahren können. Beim Besuch des Einwohnermeldeamtes ist das am deutlichsten aufgefallen. Die Verwaltung ist nicht mal in der Lage Briefwahlunterlagen im Erdgeschoss zur Abholung bereitzustellen, wie die letzten Wahlen gezeigt haben.

Die FDP hält daher nach wie vor an der Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses fest, damit alle Billerbecker Bürger einen barrierefreien Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung erhalten. In allen umliegenden Gemeinden sind Bürgerbüros eingerichtet worden, nur Billerbeck schafft das nicht! Warum? Liegt es vielleicht daran, weil man die Nutzung der Büros nicht neu ordnen will und die Geschäftsprozesse nicht neu aufsetzen kann?

Zum Schluss möchte weiter an alle im Rat vertretenen Parteien appellieren, dass jede Möglichkeit ausgeschöpft wird, den Schuldenabbau weiter voran zu treiben. Das geht am einfachsten in guten Konjunkturzeiten die wir jetzt haben, damit künftige Generationen nicht für die Fehler der Vergangenheit aufkommen müssen.

Die FDP stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2020 nur mit Bauschmerzen zu, weil er keine Etatansätze für die vorbezeichneten Maßnahmen enthält.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Frank Wieland

FDP Billerbeck